

NIEDERSCHRIFT

Wohnungseigentümersversammlung: Nr. 2022-017

Wohnungseigentümergeinschaft: 061 Wolfenbütteler Str. 40-46, 30519 Hannover

Versammlungsort: Freizeitheim Döhren, Raum 4,
An der Wollebahn 1, 30159 Hannover

Datum: 05.06.2023

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:59 Uhr

Versammlungsleitung: Herr Marek Schulz

Protokollführung: Herr Marek Schulz

Beschlussfähigkeit: 652,19 / 1.000,00 Miteigentumsanteile, 26 Stimmen

602,45 / 1.000,00 Miteigentumsanteile, 24 Stimmen (ab TOP 12)

Tagesordnung:

01. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung
02. Beschlussfassung über die Genehmigung der Gesamt- und Einzeljahresabrechnung 2022
03. Entlastung der Verwaltung für das Wirtschaftsjahr 2022
04. Entlastung des Verwaltungsbeirates für das Wirtschaftsjahr 2022
05. Neu-/Wiederwahl des Verwaltungsbeirates
06. Fassadensanierung
 - 06.1. Beschlussfassung über die Sanierung der restlichen Klinkerfassade
 - 06.2. Beschlussfassung über die Beauftragung eines Fachplaners/Ingenieurs für die Begleitung der Sanierung der Klinkerfassade
 - 06.3. Beschlussfassung über die Erhebung eines Zusatzhonorars der Verwaltung für die Begleitung und Abwicklung der Sanierung der Klinkerfassade
 - 06.4. Beschlussfassung über die Finanzierung (ggf. Erhebung einer Sonderumlage)
07. Beschlussfassung über den Rückschnitt bzw. die Entfernung von Bäumen im Bereich der rückwärtigen Fassade
08. Verbraucherschutzgeräte - Beschlussfassung über den Einbau von Kaltwasseruhren
09. Rauchwarnmeldern - Beschlussfassung über den Einbau durch die Wohnungseigentümergeinschaft
10. Aktuelle Gesetze und Verordnungen
 - 10.1. Berichterstattung über die CO₂-Abgabe gemäß CO₂KostAufG ab 01.01.2023
 - 10.2. Berichterstattung über die Fernwärmesatzung Hannover ab 01.01.2023
 - 10.3. Berichterstattung über die Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen (Mittelfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung - EnSimiMaV)
 - 10.4. Berichterstattung über den Wegfall des Nebenkostenprivilegs der Kabelfernsehgebühren gemäß TKG ab 01.07.2024 sowie Beschlussfassung über die Kündigung des Kabelfernsehvertrages mit dem Unternehmen Vodafone Deutschland GmbH
11. Information der Verwaltung bzgl. einer Bebauung des Nachbargrundstücks
12. Antrag des Miteigentümers Zimmermann, Wohnung Nr. 2
Beschlussfassung über die Vergabe der Treppenhausreinigung Wolfenbütteler Str. 40 an ein Dienstleistungsunternehmen.
13. Antrag der Miteigentümer Noster, Wohnung Nr. 16
Beschlussfassung über die Genehmigung zur Installation einer abschließbaren Steckdose im Fahrradabstellraum (Stromleitungen werden ausgehend vom Wohnungsstromzähler verlegt)
14. Gesamt- und Einzelwirtschaftspläne 2024
 - 14.1. Beschlussfassung über die Genehmigung des Gesamtwirtschaftsplans mit der Zuführung in die Erhaltungsrücklage
 - 14.2. Beschlussfassung über die Genehmigung der Einzelwirtschaftspläne
 - 14.3. Beschlussfassung über die Fortgeltung der Gesamt- und Einzelwirtschaftspläne
 - 14.4. Beschlussfassung über den Fortbestand der Organisationsbeschlüsse vom 16.02.2012 unter TOP 05.1 - 05.3
15. Verschiedenes

Zu 01.

Die ordentliche Wohnungseigentümerversammlung wurde durch Herrn Marek Schulz eröffnet. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Die Einladung zur Wohnungseigentümerversammlung erfolgte ordnungsgemäß und fristgerecht.

Zu 02.

Die den Wohnungseigentümern vorliegenden Gesamt- und Einzeljahresabrechnungen 2022 wurden erläutert. Eine Belegprüfung erfolgte durch den Verwaltungsbeirat. Herr Folkers bestätigte die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und den Geldbestandsnachweis entsprechend dem Status per 31.12.2022. Abschließend wurde folgender Beschluss gefasst:

Die sich aus der Gesamtabrechnung 2022 mit Datum vom 19.03.2023 ergebene Abrechnungsspitze in Höhe von € -1.810,63 wurde genehmigt. Die sich aus den Einzeljahresabrechnungen 2023 mit Datum vom 19.03.2023 ergebenden Abrechnungsspitzen wurden genehmigt. Die Nachzahlungs- bzw. Guthabenbeträge sind zum 30.06.2023 fällig und auszugleichen.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 03.

Der Verwaltung wurde für das Wirtschaftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 04.

Dem Verwaltungsbeirat wurde für das Wirtschaftsjahr 2022 Entlastung erteilt. Die Beiräte stimmen selbst nicht ab.

Abstimmung für die Entlastung von Herrn Jörg Münstermann.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltung.

Abstimmung für die Entlastung von Herrn Rafael Folkers.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Abstimmung für die Entlastung von Herrn Frank Noster.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Die Anträge wurden angenommen.

Zu 05.

Der Verwaltungsbeirat mit den folgenden Wohnungseigentümern wird für einen Zeitraum von zwei Jahren, bis zur ordentlichen Wohnungseigentümerversammlung im Wirtschaftsjahr 2025, gewählt.

Abstimmung für die Wahl von Herrn Jörg Münstermann

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltung.

Abstimmung für die Wahl von Herrn Rafael Folkers

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Abstimmung für die Wahl von Herrn Frank Noster

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Die Anträge wurden angenommen.

Zu 06.

Der Versammlungsleiter teilte mit, dass die Ausschreibung bzgl. der im Wirtschaftsjahr 2022 beschlossenen Fassadensanierung erfolgte und ein Angebot vorliegt. Da die angefragten Unternehmen die Dämmung der Fassade empfohlen und die Thematik aufgrund der gestiegenen Energiekosten präsent ist, wurde die Thematik nochmals auf die Tagesordnung gesetzt. Nach ausgiebiger Diskussion und einer Testabstimmung, waren sich die anwesenden Eigentümer darüber einig, dass die Fassade vorerst nicht gedämmt werden soll. Der Tagesordnungspunkt 06, nebst Unterpunkten, wurde ohne Beschlussfassung verlassen. Die Verwaltung wird die beschlossene Sanierung nunmehr beauftragen.

Zu 07.

a.)

Die Bäume und Gehölze im Bereich der rückwärtigen Fassade (Sondernutzungsbereich) werden, unter Beachtung der Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Hannover, beschnitten und ggf. gefällt. Die Verwaltung wird zur Beauftragung eines Fachunternehmens angewiesen. Die voraussichtlichen Kosten betragen 2.500,00 € brutto. Die Finanzierung erfolgt aus der Erhaltungsrücklage. Vor Beauftragung erfolgt ein Ortstermin mit den Fachunternehmen zur Abstimmung der Details der Arbeiten.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

b)

In den Gärten der Erdgeschosswohnungen (Sondernutzungsbereiche) dürfen die Eigentümer / Bewohner nur Gehölze pflanzen, die nicht unter die Baumschutzsatzung fallen und nicht zu einem erhöhten Schattenwurf führen. Sämtliche Gehölze sollen die Höhe von 3,00 Meter nicht übersteigen. Die Pflege der Gehölze ist von den Eigentümern bzw. Bewohnern auszuführen.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 08.

Gemäß Mess- und Eichgesetz sind die Wohnungseigentümer gesetzlich verpflichtet, die Wasserzähler alle sechs Jahre auszutauschen und zu eichen. Weiterhin ist der Einbau der neuen Messgeräte der zuständigen Behörde zu melden. Der Versammlungsleiter trug die Kauf- und Mietkonditionen vor.

Konditionen Kauf:

Abrechnungsservice mit Fernauslesung (jährlich)	€ 582,18 brutto
Wartung der funkfähigen Messtechnik (jährlich)	€ 599,76 brutto
Durchschnittlicher Betrag je Nutzer/Monat:	€ 2,46 brutto

zzgl. Kauf von funkfähiger Messtechnik (alle 6 Jahre)	€ 3.983,89 brutto
Durchschnittlicher Betrag je Nutzer/Monat:	€ 99,60 brutto

Konditionen Miete

Abrechnungsservice mit Fernauslesung (jährlich)	€ 582,18 brutto
Miete der funkfähigen Messtechnik (jährlich)	€ 412,21 brutto
Durchschnittlicher Betrag je Nutzer/Monat:	€ 2,07 brutto

Die Verwaltung weist darauf hin, dass es nach dem Wortlaut des § 33 Mess- und Eichgesetz nicht gestattet ist, Messwerte von Messgeräten deren Eichung abgelaufen ist, anzugeben oder zu verwenden. Nach kurzer Diskussion wurden folgende Beschlüsse gefasst:

a)

Im Wirtschaftsjahr 2023 werden alle ungeeichten Kaltwasserzähler erneuert. Die Geräte werden bei dem Unternehmen ISTA gemietet. Die Anmietung der Geräte umfasst die Lieferung und Montage der Geräte, die Instandsetzung und den Austausch defekter Geräte, soweit der Defekt auf Material oder Herstellungsfehler zurückzuführen ist sowie die Kosten für die vorgeschriebene behördliche Meldung.

Die Mietkonditionen belaufen sich gemäß des Angebotes QUO-0424313-O1Y2 des Unternehmens ISTA auf durchschnittlich € 2,07 brutto pro Verbrauchserfassungsgerät/Monat. Die jährlichen Gesamtmiet- und Servicekosten werden mit der Jahresabrechnung erhoben und umgelegt.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

b)

Im Wirtschaftsjahr 2023 werden alle ungeeichten Kaltwasserzähler erneuert. Die Geräte werden bei dem Unternehmen ISTA gekauft. Die Kosten betragen gemäß des Angebotes QUO-0424325-W4F0 des Unternehmens ISTA ca. € 99,60 brutto pro Verbrauchserfassungsgerät (inklusive Einbau) zzgl. Servicegebühren in Höhe von € 2,46 pro Wasseruhr/Monat. Die behördliche Meldung erfolgt über die Verwaltung. Die zusätzlich anfallenden Kosten werden zum Stundennachweis abgerechnet.

Abstimmungsergebnis: 00 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu 09.

Sämtliche Wohnungen werden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen sowie der DIN-Vorschriften mit Rauchwarnmeldern zu Lasten der Wohnungseigentümergeinschaft ausgestattet. Die Rauchwarnmelder sind demnach Gemeinschaftseigentum.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 02 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zum Einbau gelangt ein elektronischer Rauchwarnmelder. Es wird ein Miet- und Servicevertrag für Rauchwarnmelder über 10 Jahre abgeschlossen. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen werden die Flure, Schlaf- und Kinderzimmer mit Rauchwarnmelder ausgestattet. Nutzungsänderungen einzelner Räume und bauliche Veränderungen sind der Verwaltung schriftlich anzuzeigen.

Die Verwaltung wird angewiesen Angebote für die Installation der Rauchwarnmelder sowie für die Wartungs- und Serviceleistungen einzuholen und den wirtschaftlichsten Anbieter zu beauftragen. Sofern eine Wohnung derzeit nicht mit Rauchwarnmelder ausgestattet ist, so werden vorübergehend Geräte (bis zur einheitlichen Ausführung in allen Wohnungen) eingebaut.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 02 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Die anfallenden Kosten werden in Zukunft unter dem Abrechnungsposten „Kosten Rauchwarnmelder“ nach Miteigentumsanteilen auf alle Miteigentümer umgelegt.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 02 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 10.1.

Ab dem 01.01.2023 gilt das neue Kohlendioxidkostenaufteilungsgesetz (CO2KostAufG). Sofern Wärme und Warmwasser aus fossilen Brennstoffen (auch Fernwärme) erzeugt wird, entstehen CO2-Emissionen und die CO2-Abgabe wird für den Mieter entsprechend dem Verbrauch fällig. Der Vermieter wird ab 01.2023 je nach Einstufung des Gebäudes (Stufenmodell) an der CO2-Abgabe beteiligt. Die Einstufung der Immobilie sowie die Aufteilung der CO2-Kosten zwischen Mieter und Vermieter erfolgt im Innenverhältnis zwischen Mieter und Vermieter.

Zu 10.2.

Eigentümer*innen mit Grundbesitz im Satzungsgebiet müssen seit dem 01.01.2023 beachten, dass die Verpflichtung zur Fernwärmeversorgung besteht, wenn ein Fernwärmeanschluss herstellbar ist und eine Heizung wesentlich geändert oder neu installiert werden soll. Für vorhandene Heizsysteme gilt ein Bestandsschutz, sobald ein Befreiungsantrag bei der Landeshauptstadt Hannover gestellt ist. Aktuell ist eine Fernwärmeversorgung der Liegenschaft laut der Landeshauptstadt Hannover nicht vorgesehen.

Zu 10.3.

Um einen unnötigen Energieverbrauch zu vermeiden und zu verhindern, dass eine Mangelsituation bei der Gasversorgung eintritt, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung durch mittelfristig wirksame Maßnahmen“ (EnSimiMaV) erlassen, welche am 01. Oktober in Kraft getreten ist. Der Eigentümer eines Gebäudes, in dem zur Wärmeerzeugung Anlagen mit Erdgas genutzt werden, ist verpflichtet, eine Heizungsprüfung durchzuführen und die Heizungsanlage der Wohnung optimieren zu lassen. In diesem Rahmen ist zu prüfen:

1. ob die zum Betrieb einer Heizung einstellbaren technischen Parameter für den Betrieb der Anlage zur Wärmeerzeugung hinsichtlich der Energieeffizienz optimiert sind,
2. ob die Heizung hydraulisch abzugleichen ist,
3. ob effiziente Heizungspumpen im Heizsystem eingesetzt werden und
4. inwieweit Dämmmaßnahmen von Rohrleitungen und Armaturen durchgeführt werden sollten.

Die Heizungsprüfung und -optimierung ist von einem Schornsteinfeger, Handwerker der Gewerbe Installateur und Heizungsbauer oder einem Energieberater durchzuführen.

Im Hinblick auf die Prüfergebnisse ist das Gaszentralheizungssystem in Wohngebäuden mit mindestens zehn Wohneinheiten bis zum 30.09.2023 hydraulisch abzugleichen. Für Wohngebäude mit mindestens sechs Wohneinheiten bis zum 15.09.2024.

In Liegenschaften in denen kein zentrales Heizsystem, sondern eine dezentrale Wärmeversorgung verbaut ist, obliegen die Maßnahmen dem einzelnen Wohnungseigentümer.

Zu 10.4.

Am 01.12.2021 ist die Novelle des Telekommunikationsgesetz (TKG) in Kraft getreten. Damit entfällt das Nebenkostenprivileg der Kabelfernsehgebühren, d.h. die Kabelfernsehgebühren sind nicht mehr auf die Mieter umlegbar. Bei Neubauten greift die Regelung sofort, für Bestandsobjekte ab 01.07.2024. Im Gegenzug wird die begrenzte und befristete Umlage der Kosten für eine moderne gebäudeinterne Glasfaser-Netzinfrastruktur ermöglicht. Für den durch die Wohnungseigentümergeinschaft geschlossenen Mehrnutzer-Kabelfernsehvertrag besteht ein Sonderkündigungsrecht zum 30.06.2024. Da die TV-Versorgung der Liegenschaft Wolfenbütteler Str. 40-46 bereits über eine Satellitenanlage erfolgt, bedarf es keiner Beschlussfassung über die Beendigung eines bestehenden Vertrages. Damit einzelne Wohnungseigentümer ggf. einen Kabel-TV-Anschluss buchen können, wurde folgender Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird bevollmächtigt den Gestattungsvertrag mit der Vodafone Deutschland GmbH zu unterzeichnen. Eventuell erforderliche bauliche Veränderungen (Wand- oder Deckendurchbrüche, neue Kabelkanäle, etc.) sind der Verwaltung schriftlich anzuzeigen und von dieser vorab zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 11.

Der Versammlungsleiter berichtete über den aktuellen Sachstand bzgl. einer etwaigen Neubebauung des Nachbargrundstücks (Flur 160/365). In den vergangenen Monaten erfolgten Vermessungstätigkeiten auf dem benachbarten Grundstück. Für das Grundstück Peiner Straße 1-3 ist ein Bebauungsplan (Nr. 1003) vorhanden. Aktuell liegen der Verwaltung noch keine neuen Kenntnisse bzgl. der Bebauung des Nachbargrundstücks vor. Zuletzt wurden Vermessungsarbeiten in 2022 durchgeführt. Die anwesenden Eigentümer merkten an, dass das Nachbargrundstück stark verwildert ist und viele Ratten auf dem Grundstück gesehen wurden. Die Verwaltung möge den Eigentümer des Objektes bzgl. der Reinigung anschreiben.

Zu 12.

Die Reinigung des Treppenhauses Wolfenbütteler Str. 40 erfolgt ab dem 01.08.2023 durch das Unternehmen Alexander Wiegandt. Die monatlichen Reinigungskosten betragen € 120,00 zzgl. MwSt. (€ 12,00 zzgl. MwSt. je Wohneinheit). Da das Unternehmen bereits die Reinigung der übrigen Treppenhäuser der Wolfenbütteler Str. 40-46 ausführt, wird auf die Einholung weiterer Angebote anderer Reinigungsunternehmen verzichtet. Die Verwaltung wird zur Unterzeichnung des Dienstleistungsvertrages legitimiert. Der Vertrag wird zunächst für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich um jeweils ein Jahr, sofern dieser nicht vorher gekündigt wird.

Abstimmungsergebnis: 05 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 19 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 13.

Den Eigentümern der Wohnung Nr. 16, derzeit Familie Noster, wird die Installation einer abschließbaren Steckdose im Fahrradabstellraum Wolfenbütteler Str. 42 bis auf Widerruf gestattet. Die Stromleitungen werden ausgehend vom Wohnungsstromzähler der Wohnung 42, entsprechend der VDE verlegt. Der Eigentümer trägt die Kosten.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 14.

Die den Wohnungseigentümern vorliegenden Gesamt- und Einzelwirtschaftspläne 2024 wurden erläutert und besprochen. Abschließend wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Zu 14.1.

Der Gesamtwirtschaftsplan 2024 mit Datum vom 19.03.2023 wurde mit den kalkulierten Gesamtkosten in Höhe von € 55.321,00 und der Zuführung in die Erhaltungsrücklage in Höhe von € 65.000,00 genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 14.2.

Die Einzelwirtschaftspläne 2024 mit Datum vom 19.03.2023 wurden mit den jeweils im Voraus fälligen Vorschüssen zur Kostentragung sowie zur Zuführung in die Erhaltungsrücklage genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 14.3.

Die Gesamt- und Einzelwirtschaftspläne 2024 haben über das Wirtschaftsjahr 2024 hinaus solange Gültigkeit, bis ein Beschluss über neue Vorschüsse gefasst wird.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimmen, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 14.4.

Die auf der Wohnungseigentümersammlung am 16.02.2012 unter TOP 05.1 - 05.3 gefassten Organisationsbeschlüsse bleiben unverändert bestehen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 00 Nein-Stimme, 00 Enthaltungen.

Beschlussergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Zu 15.

- Die Verwaltung möge Angebote für die Erneuerung der Wohnungseingangstüren, nebst Zargen einholen, um eine Beschlussfassung vorzubereiten.
- Die Sanierung des Balkons der Wohnung Nr. 28, Wolfenbütteler Str. 44 ist noch nicht erfolgt. Die Verwaltung möge das ausführende Unternehmen zur zeitnahen Ausführung auffordern.
- Der Miteigentümer Serim, Wohnung Nr. 23, Wolfenbütteler Str. 44 bittet um Einbau eines gleichschließenden Zylinders in die Wohnungseingangstür.
- Die Wände der Treppenhäuser werden immer wieder durch Fahrradreifen verunreinigt. Fahrräder sollten durch die Seiten-/Kellereingangstür in die Keller gebracht werden.
- Frau Bruns teilte mit, dass Wasser im Dachbereich eindringt. Die Verwaltung veranlasst die Überprüfung und Instandsetzung.

Hannover, 28.06.2023, gez. Marek Schulz

(Ort, Datum, Unterschrift)

Hannover, 05.07.2023, gez. Rafael Folkers

(Ort, Datum, Unterschrift)

Hannover, 10.07.2023, gez. Jörg Münstermann

(Ort, Datum, Unterschrift)

Hannover, 10.07.2023, gez. Frank Noster

(Ort, Datum, Unterschrift)